

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 24.02.2015, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Armin Barg
Ingrid Bartholomäus
Bernd Karl Bornewasser
Simon Bornewasser
Joachim Bötte
Ursula Brand
Michael Dummer
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Jutta Eifer
Horst Enneper
Jürgen Fischer
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Dr. Jörg Rieger
Björn Rimroth
Udo Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Rolf Schulte
Klaus Steinmüller
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Christian Viebach
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber
Harald Weiss

bis 18.15 Uhr

ab 16.05 Uhr

ab 16.05 Uhr

von der Verwaltung

Ute Butz
Frank Nipken
Regine Schmidt
Ulrich Dippel
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein

Schriftführerin

Vanessa Jäger

es fehlt:

Ratsmitglieder

Dietmar Busch	(CDU)
Dietmar Stark	(SPD)

Tagesordnung: (geändert)

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt am 16.12.2014 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen Antragssteller aus sicheren Drittstaaten (Antrag der Fraktion pro NRW vom 15.02.2015) AN/0053/2015
5. Zukunft der weiterführenden Schulen in Radevormwald BV/0104/2015
6. Auflösung bzw. sukzessives Auslaufen der Geschwister-Scholl-Schule sowie der Realschule BV/0107/2015
7. Klassenbildung der Eingangsklassen der Grundschulen zum Schuljahr 2015/16 BV/0090/2015
8. GGS Stadt - Erneuerung der Notausgangstüranlagen BV/0115/2015
9. Brücke Heide BV/0075/2014/2
10. Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt hier: Aufwertung der Grünfläche Burgstraße BV/0117/2015
11. Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt hier: Aufwertung des Parc de Châteaubriant BV/0118/2015
12. Widmung der Erweiterung der Gemeindestraße "Fontane-straße" BV/0116/2015

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 13. | Wahl des Wehrführers und seiner beiden Stellvertreter | BV/0109/2015 |
| 14. | Ermächtigungsübertragungen von Haushaltsjahr 2014 nach Haushaltsjahr 2015 | IV/0070/2015 |
| 15. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0075/2015 |
| 16. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | BV/0123/2015 |
| 17. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister auf den vorliegenden 1. Nachtrag zur Einladung des Rates hin und teilt mit, dass die Sitzung nach dieser neuen Tagesordnung abgehandelt werden soll. Weiter gibt er an, dass zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 im Fachausschuss keine Beratungen stattgefunden haben und schlägt aus diesem Grund vor, diese beiden Punkte von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Zudem informiert er den Rat über einen kurzfristig vorgelegten Antrag der UWG-Fraktion bzgl. der Umbesetzung von Ausschüssen und macht den Vorschlag, diesen als TOP 16 in die Tagesordnung aufzunehmen. Beiden Vorschlägen stimmt der Rat einvernehmlich zu. Abschließend verweist er auf die vorliegende Tischvorlage, einen Antrag der AL-Fraktion zu TOP 5.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt am 16.12.2014 (öffentlicher Teil)

Der Rat nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

a) Der Bürgermeister übermittelt dem Rat der Stadt nachträglich die Weihnachts- und Neujahresgrüße der Bürgermeister der beiden Partnerschaftsstädte.

b) Weiter teilt der Bürgermeister mit, dass die neue EDV-Ausstattung für die Fraktionsbüros zwischenzeitlich eingetroffen ist und bittet die Fraktionen darum, sich nun zwecks weiterer Abstimmung direkt mit Herrn Medek von der Verwaltung in Verbindung zu setzen.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen gegen Antragssteller AN/0053/2015 aus sicheren Drittstaaten (Antrag der Fraktion pro NRW vom 15.02.2015)

Herr Schäfer erläutert und begründet den Antrag der proNRW-Fraktion. Er schlägt vor, dass die für diese Personengruppe vorgehaltenen Wohnflächen u.a. für Kriegsflüchtlinge bereitgestellt werden könnten.

Herr Ebbinghaus bittet den Bürgermeister um Stellungnahme, ob der vorliegende Antrag nach den Vorschriften der Gemeindeordnung überhaupt zulässig ist, da er die Zuständigkeit nicht in der Kommune sondern überwiegend auf Landes- bzw. Bundesebene sieht.

Der Bürgermeister erklärt, dass eine kommunalrechtliche Beurteilung oft schwierig ist und in vielen Fällen vor Gericht geklärt wird; daher kann dies nicht abschließend beantwortet werden. Bezugnehmend auf den Antrag der proNRW-Fraktion betont er jedoch, dass es neben den wenigen Personen, die diese Meinung vertreten, erfreulicherweise einen großen Anteil in der Radevormwalder Bevölkerung gibt, die sich hinsichtlich der derzeitigen Situation aktiv an Hilfsangeboten für die Betroffenen beteiligen und in vielen Bereichen engagieren.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag der proNRW-Fraktion.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Radevormwalder Stadtrat fordert die zuständigen Exekutivbehörden dazu auf, gegen Asyl-Antragssteller und geduldeten Personen aus sicheren Drittstaaten aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchzuführen.

2. Die Verwaltung wird angehalten, Mitarbeiter als Rückföhrhelfer zu schulen, damit diese den Abzuschiebenden Hilfe bei den Formalitäten geben können.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 proNRW)
37 Nein-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 3 AL, 2 FDP, Ullmann, Haselhoff, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

5. Zukunft der weiterführenden Schulen in Radevormwald BV/0104/2015

Der Bürgermeister gibt den Fraktionen die Möglichkeit zur Erläuterung ihrer jeweiligen Anträge.

Herr Hoffmann erläutert den Antrag der UWG-Fraktion, der die Einrichtung einer Gesamtschule und das damit zusammenhängende Auslaufen aller anderen Schulformen in Radevormwald fordert. Nach intensiven Diskussionen innerhalb der Fraktion sowie nach zahlreichen Gesprächen mit Eltern hat die UWG-Fraktion sich für diese Alternative ausgesprochen. Er betont, dass die Entscheidung für eine Gesamtschule zwar nichts mit der fehlenden Qualität der bisherigen Schulen zu tun hat, im Hinblick auf die demographische Entwicklung sowie die Vorgaben der Landesregierung zukünftig aber keine andere Schulform für Radevormwald möglich ist. Die UWG-Fraktion wünscht, dass weiterhin alle Schulabschlüsse in Radevormwald machbar sind. Hierfür stellt nur die Gesamtschule eine zukunftsweisende und langfristige Lösung dar. Des Weiteren warnt er davor, dass man bei Ablehnung der Gesamtschule mitunter das Risiko eingeht, dass unsere Kinder in die Nachbarstädte ausweichen, die diese attraktive Schulform anbieten. Für die UWG-Fraktion gibt es keine andere Lösung, da es sich dabei immer nur um die zweitbeste Alternative handelt. Abschließend wird ein Antrag zur Geschäftsordnung auf geheime bzw. alternativ auf namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt.

Zunächst gibt Herr Viebach zu, dass viele Eltern eine andere Entscheidung erwartet haben, als die, die nun von der CDU- und SPD-Fraktion präferiert und gefordert wird. Die Sekundarschule wird aus dem Grund für die beste Schulform gehalten, da sie zwar dieselben Lerninhalte wie eine Gesamtschule hat, aber keine Oberstufe besitzt. Hierdurch soll das qualitativ hochwertige THG gestärkt bzw. ihr Erhalt sichergestellt werden. Er betont weiter, dass die Realschule aufgrund des Auslaufens der Hauptschule schon jetzt bereits viele Kinder mit Hauptschulempfehlung aufgenommen hat; dies entspricht in etwa schon faktisch dem Vor-

gehen und Arbeiten einer Sekundarschule. Allerdings sind hierfür die notwendigen Anforderungen, z.B. bessere Lehrer-Schüler Relation, nicht gegeben. Abschließend macht er klar, dass auch der CDU und SPD-Fraktion sehr daran gelegen ist, dass zukünftig alle Schulabschlüsse in Radevormwald erworben werden können. Er schlägt vor, parteiübergreifende Veranstaltungen zu initiieren um für die Sekundarschule zu werben und für Gespräche mit den Eltern zur Verfügung zu stehen.

Vorab bedauert Herr Ebbinghaus, dass in den langwierigen Vorbereitungen kein Einvernehmen mit den anderen Fraktionen getroffen werden konnte. Die AL-Fraktion hält überhaupt nichts von der Konzeption des Schulentwicklungsplans der Fa. Komplan. Im Hinblick auf die immer mehr sinkenden Schülerzahlen ist es wichtig zu schauen, inwiefern überhaupt eine gute Schulorganisation gewährleistet werden kann. Dieser Umstand ist leider noch nicht allen bewusst geworden und es fehlt der CDU- und SPD-Fraktion an Mut zu erkennen, welche einmalige Chance mit der Ablehnung einer Gesamtschule für das Schuljahr 2016/2017 vergeben wird; zu diesem Zeitpunkt würde man eine Marktlücke schließen. Herr Ebbinghaus macht zudem klar, dass bereits ein Widerstand im Aufbau ist, da der Großteil der betroffenen Eltern gegen die Einrichtung einer Sekundarschule ist. Abschließend hofft er, dass bei Entscheidung für die Sekundarschule, diese besser von den Eltern angenommen wird als in der Vergangenheit. Hierfür ist allerdings eine intensivere Einbindung in die Vorbereitung und Errichtung notwendig.

Herr S. Bornewasser gibt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus pädagogischer Sicht die Gesamtschule bevorzugen würde. Da diese vermutlich aber nicht zustande kommt, wird sich dem Antrag der CDU- und SPD-Fraktion auf Errichtung einer Sekundarschule angeschlossen. Die Gewährleistung einer guten Zusammenarbeit hat hierbei erste Priorität. Zu den Ausführungen von Herrn Ebbinghaus merkt er an, dass der Widerstand der Eltern nicht so immens wäre, wenn die AL-Fraktion die Ablehnung der Sekundarschule nicht so bestärken würde.

Herr Schäfer erklärt, dass die proNRW-Fraktion den Vorschlag der CDU- und SPD-Fraktion unterstützen wird. Der Erhalt der bisherigen Schulformen wäre die wünschenswertere Option gewesen, ist aber aufgrund der vorliegenden Bedingungen nicht möglich.

Frau Pizzato teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag der CDU- und SPD-Fraktion ebenfalls folgen wird, auch wenn diese ebenfalls die Beibehaltung der bisherigen Schullandschaft bevorzugen würde.

Auf Nachfrage von Frau Pizzato erklärt Frau Butz, dass bisher keine weitere Anfragen von betroffenen Eltern bzgl. der diskutierten Schulformen eingegangen sind.

Herr Ullmann erklärt, dass das Linke Forum eine Gesamtschule fordert. Aufgrund der aktuell vorherrschenden Bedingungen wäre die Errichtung einer Gesamtschule die beste Lösung. Die Eltern haben in der Vergangenheit bereits gegen die Sekundarschule gestimmt; einen erneuten Versuch betrachtet er daher als weniger sinnvoll.

Herr Rimroth nimmt Stellung zu den Ausführungen von Herrn Ullmann und weist darauf hin, dass in 47 Kommunen der zweite Anlauf für eine Sekundarschule erfolgreich war. Bei der jährlichen Anzahl der Schüler von ca. 180 ist das Betreiben zweier Schulformen durchaus möglich. Zur Sicherstellung des gut angenommenen Gymnasiums wird hiermit auf die Einrichtung einer zweiten Oberstufe verzichtet; das Ablegen aller Schulabschlüsse ist auch weiterhin in Radevormwald möglich.

Bezugnehmend auf den Antrag zur Geschäftsordnung hinsichtlich der Abstimmung teilt der Bürgermeister zunächst mit, dass die gesetzlichen Anforderungen für eine geheime Abstimmung

mung nicht erreicht sind und somit die alternativ beantragte namentliche Abstimmung erfolgen wird. Er schlägt vor, dass anfänglich über den Beschlussvorschlag des Fachausschusses abgestimmt wird. Sollte sich dafür keine Mehrheit finden, wird über die jeweiligen Anträge der Fraktionen abgestimmt.

Der Rat stimmt diesem Vorgehen einvernehmlich zu.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Schulform der Sekundarschule als zukunftsweisende schulentwicklungspolitische Maßnahme ab dem Schuljahr 2016/17 in Radevormwald einzuführen. Die Verwaltung wird gleichzeitig beauftragt, die hierfür notwendigen Maßnahmen auf Basis des bereits erarbeiteten pädagogischen Konzeptes vorzubereiten. Hierbei soll eine Neukonzeption des Raumkonzeptes vorgestellt werden.

Vorname	Name		JA	NEIN	ENTHALTUNG
Armin	Barg	UWG		X	
Ingrid	Bartholomäus	CDU	X		
Bernd Karl	Bornwasser	GRÜNE	X		
Simon	Bornwasser	GRÜNE	X		
Joachim	Bötte	pro NRW	X		
Ursula	Brand	UWG		X	
Michael	Dummer	SPD	X		
Petra	Ebbinghaus	AL		X	
Rolf	Ebbinghaus	AL		X	
Jutta	Eifer	FDP	X		
Horst	Enneper	CDU	X		
Jürgen	Fischer	CDU	X		
Margot	Grüterich	SPD	X		
Klaus	Haselhoff	fraktionslos		X	
Bernd-Eric	Hoffmann	UWG		X	
Olaf	Jung	CDU	X		
Rosemarie	Kötter	SPD	X		
Josef	Korsten	BM	X		
Ralf-Udo	Krapp	CDU	X		
Thomas	Lorenz	CDU	X		
Arnold	Müller	SPD	X		
Heide	Nahrgang	SPD	X		
Elisabeth	Pech-Büttner	GRÜNE	X		
Annette	Pizzato	FDP	X		
Jörg	Rieger	SPD	X		
Björn	Rimroth	SPD	X		

Udo	Schäfer	pro NRW	X		
Christoph	Schlüter	CDU	X		
Sebastian	Schlüter	CDU	X		
Rolf	Schulte	CDU	X		
Klaus	Steinmüller	UWG	X		
Gerd	Uellenberg	CDU	X		
Peter Fritz Sebastian	Ullmann	fraktionslos		X	
Annette	Verhees	SPD	X		
Christian	Viebach	CDU	X		
Dejan	Vujinovic	CDU	X		
Jörg	Weber	CDU	X		
Harald	Weiss	CDU	X		

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

Herr Dr. Michalides nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem TOP nicht teil.

6. **Auflösung bzw. sukzessives Auslaufen der Geschwister- Scholl-Schule sowie der Realschule** BV/0107/2015

Frau Butz teilt mit, dass der Beschlussvorschlag bei Punkt b) wie folgt ergänzt werden muss: „die Geschwister-Scholl-Schule aufgrund der fehlenden Möglichkeit zur Bildung von Eingangsklassen sukzessive **ab 01.08.2015** auslaufen zu lassen. **Die Auflösungsmaßnahme wird solange fortgeführt wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.**“ Diese Formulierung wird von der Bezirksregierung gefordert.

Es folgt nun die Abstimmung über den ergänzten Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt

- a) vorbehaltlich des Zustandekommens einer Sekundarschule / Gesamtschule die städtische Realschule sukzessive auslaufen zu lassen und schließlich aufzulösen
- und
- b) die Geschwister-Scholl-Schule aufgrund der fehlenden Möglichkeit zur Bildung von Eingangsklassen sukzessive ab 01.08.2015 auslaufen zu lassen. Die Auflösungsmaßnahme wird solange fortgeführt wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Dr. Michalides nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem TOP nicht teil.

**7. Klassenbildung der Eingangsklassen der Grundschulen BV/0090/2015
zum Schuljahr 2015/16**

Der Bürgermeister weist auf die aktualisierten Erläuterungen zu diesem TOP hin und erklärt, dass diese keinerlei Auswirkungen auf den Beschlussvorschlag haben.

Herr Rimroth bittet um Auskunft, nach welchen Kriterien die Auswahl der Kinder erfolgt, die nicht an der Grundschule Bergerhof unterrichtet werden sollen.

Frau Butz führt aus, dass die Verwaltung hier keine Entscheidung trifft, sondern die Schulleitung. Es wird jedoch schon seit Jahren so verfahren, dass die Kinder an einer anderen Schule untergebracht werden sollen, die auf einen Schulbus angewiesen sind.

Herr Ebbinghaus möchte wissen, ob es nicht möglich ist, zunächst auf Freiwilligenbasis die Kinder zu finden, die an einer anderen Schule unterrichtet werden können.

Frau Butz betont nochmals, dass die Verwaltung nicht in die Entscheidung involviert ist, stellt aber klar, dass die Schulleitung diesbezüglich intensive und ausführliche Gespräche mit den betroffenen Eltern führt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 46 Abs. 3 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen, für das Schuljahr 2015/16 eine Schülerzahlbegrenzung von 25 Schüler/innen je Eingangsklasse der Grundschulen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, 2 proNRW, Ullmann, Haselhoff, Bürgermeister)
1 Enthaltung (AL)

8. GGS Stadt - Erneuerung der Notausgangstüranlagen BV/0115/2015

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung nach Freigabe der Haushaltsmittel, die Maßnahme entsprechend der Vergabeordnung auszuschreiben und den Auftrag an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Brücke Heide BV/0075/2014/2

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus bzgl. der unterschiedlich genannten Summe von 160.000 € bzw. 110.000 € in der Vorlage erklärt Herr Dippel, dass es sich bei der ersteren Summe um den veranschlagten Haushaltsansatz handelt und man nach letzten Schätzungen noch von derzeit 110.000 € ausgeht.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, die benötigten externen Leistungen für die Variante 2 gemäß der Vergabeordnung der Stadt Radevormwald zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
hier: Aufwertung der Grünfläche Burgstraße** **BV/0117/2015**

(abgesetzt)

**11. Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt
hier: Aufwertung des Parc de Châteaubriant** **BV/0118/2015**

(abgesetzt)

**12. Widmung der Erweiterung der Gemeindestraße "Fontanestraße"
nestraße"** **BV/0116/2015**

Nach Meinung von Herrn Ebbinghaus ist die Klassifizierung der Fontanestraße als Anliegerstraße nicht haltbar. Durch die Erschließung des Baugebietes Loh'Sche Weide und die damit verbundene Öffnung des Wendehammers hat die Fontanestraße nunmehr den Charakter einer Erschließungsstraße.

Herr Klein stellt klar, dass dort nach wie vor keine Durchfahrt möglich sein wird. Diese ist derzeit nur aufgrund des Winterdienstes freigegeben. Zu gegebener Zeit wird dort wieder eine entsprechende Absperrung eingerichtet.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Erweiterung der Gemeindestraße „Fontanestraße“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

13. Wahl des Wehrführers und seiner beiden Stellvertreter **BV/0109/2015**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, für die Dauer von sechs Jahren,

- Herrn Stadtbrandinspektor Wilfried Fischer zum Leiter der Freiwilligen Feuerwehr (Wehrführer) der Stadt Radevormwald und
- Herrn Stadtbrandinspektor Torsten Kleinschmidt und

- Herrn Stadtbrandinspektor Dietmar Hasenburg

ebenfalls jeweils für die Dauer von 6 Jahren zu seinen Stellvertretern zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Fischer nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem TOP nicht teil.

14. Ermächtigungsübertragungen von Haushaltsjahr 2014 nach Haushaltsjahr 2015 IV/0070/2015

Herr Nipken erläutert die Verwaltungsvorlage. Er betont, dass zwar alle vorliegenden Ermächtigungsübertragungen den Regelungen der aktuellen geltenden Dienstanweisung entsprechen, die Höhe der Gesamtsumme jedoch dazu geführt hat, die Kriterien nochmals einzuschränken, damit die Finanzierbarkeit der Ausgaben sichergestellt ist. Zukünftig sollen dann die über den festgelegten Rahmen hinausgehende Beträge (d.h. über 20 % des geplanten Betrages für Investitionen aus dem Vorjahr) neu veranschlagt werden.

Herr Ebbinghaus, Herr Viebach sowie Herr Hoffmann begrüßen diesen Vorschlag.

Der Rat nimmt die Ermächtigungsübertragungen von Haushaltsjahr 2015 nach Haushaltsjahr 2015 zur Kenntnis.

15. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0075/2015

Frau Pech-Büttner hinterfragt die Mehrkosten i.H.v. 20.000 € bei den sonstigen Geschäftsaufwendungen für die Fraktionen (Pos. 8).

Herr Nipken erklärt, dass es sich hierbei noch um Kosten aus dem Untersuchungsausschuss Wülfing, Bereich „Prüfung, Beratung und Rechtsschutz“ handelt.

Herr Ebbinghaus merkt zunächst an, dass die Gesamtsumme der außer- und überplanmäßigen Ausgaben mit knapp 750.000 € sehr hoch ist. Weiter möchte er wissen, wie die Mehrkosten für die Öffentlichkeitsarbeit bei Pos. 27 zustande gekommen sind.

Hierzu gibt Herr Nipken an, dass es sich dabei um eine Durchleitung von Landesmitteln handelt.

Frau Ebbinghaus hinterfragt die Mehrkosten von insgesamt knapp 16.000 € im Bereich der „Schülerbeförderungskosten“, zumal durch sinkende Schülerzahlen und Spritkosten eigentlich von einer gesamten Kostensenkung in dem Bereich auszugehen ist.

Herr Nipken führt aus, dass es sich zum einen um ein Buchhaltungsproblem handelt; es wird nur aufgezeigt, wenn Mehrkosten bei anderen Schulen entstehen. Etwaige Minderkosten in anderen Schulen werden nicht erfasst bzw. dargestellt. Des Weiteren sind aber auch die Kosten für die Schülerbeförderung insgesamt gestiegen.

Auf Nachfrage von Frau Pizzato bzgl. Pos. 12 erläutert Herr Nipken, dass es sich dabei um fällige Zinsen für Gewerbesteuerüberzahlungen handelt, die die Stadt Radevormwald zu

erstatten hat. Insgesamt wurden 2014 im Bereich der Gewerbesteuer Mehreinnahmen von ca. 1,1 Mio. € erzielt.

Der Rat nimmt die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionen zur Kenntnis.

16. Besetzung von Ausschüssen und Gremien**BV/0123/2015**

Beschluss:

Auf Antrag der UWG-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Umbesetzungen:

Frau Ursula Brand wird als Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration anstelle von Herrn Karl-Heinz Fischer benannt.

Frau Marina Müller wird als Mitglied des Wahlausschusses anstelle von Herrn Karl-Heinz Fischer benannt.

Frau Sabine Danowski wird als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt anstelle von Herrn Karl-Heinz Fischer benannt.

Herr Armin Barg wird als Mitglied des Aufsichtsrates der Bäder Radevormwald GmbH anstelle von Herrn Karl-Heinz Fischer benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Mitteilungen und Fragen

a) Frau Pizzato möchte wissen, inwieweit das Verfahren bzgl. des Hausmeisterservices für die Asylunterkunft in der Blumenstraße schon angelaufen ist.

Hierzu führt der Bürgermeister an, dass mit den dafür erforderlichen Schritten erst begonnen wird, wenn das Gebäude auch entsprechend genutzt werden kann.

b) Herr Haselhoff bittet die Verwaltung, dass der Außendienst des Ordnungsamtes zur Winterzeit vermehrt darauf achten soll, ob die Schneeräumpflicht seitens der Privatleute erfüllt wird.

Der Bürgermeister wird dies weiterleiten.

Ende des öffentlichen Teils: 17.15 Uhr

Unterbrechung der Sitzung bis 17.25 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jäger
Schriftführer